

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telefax: 6 85 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Willy Brandt MdB zum 150. Geburtstag von August Bebel: Demokratie für breite Schichten erfahrbar gemacht.
Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdL zur Notwendigkeit, die Notaufnahmeverfahren sofort einzustellen: Kurs in der Übersiedlerpolitik korrigieren.
Seite 3

Ernst Haar MdB zur Notwendigkeit, ein Gesamtkonzept für europäischen Transitverkehr zu forcieren: Europas Südflügel nicht vernachlässigen.
Seite 4

Rudolf Scharping MdL zum Erfordernis, die Tiefschläge des Adenauer-Hauses zu parieren: In Bonn fehlt noch der notwendige Offensivgeist.
Seite 6

45. Jahrgang / 36

20. Februar 1990

Demokratie für breite Schichten erfahrbar gemacht

August Bebel zum 150. Geburtstag

Von Willy Brandt MdB
Ehrenvorsitzender der SPD
Präsident der Sozialistischen Internationale

Gelegentlich hatte ich darum zu bitten, mir nicht auch noch anzudichten, ich hätte in meinen jungen Jahren selbst mit Bebel zu tun gehabt: Ich bin Ende jenes Jahres 1913 in Lübeck geboren, in dem er in Zürich zu Grabe getragen worden war. Doch habe ich in meiner Kindheit und frühen Jugend manche getroffen, die ihn gesehen und gehört hatten. Für die meisten war er die unvergleichliche Vatergestalt der alten Sozialdemokratie.

Am 22. Februar 1840 wurde August Bebel in Köln geboren. Es mag nützlich sein, noch einmal wachzurufen, aus wie kümmerlichen Verhältnissen - Deutzer Kasematten, Wetzlarer Armenhilfe - jener Drechslergeselle kam, der sich in Sachsen durchsetzte und - noch bevor er sich in der Reichshauptstadt niederließ - es in Leipzig zu beträchtlichem Ansehen brachte, auch zu einem gewissen Wohlstand. Und der nicht jammerte über Verfolgungen und Demütigungen, die ihm und seinesgleichen zugemutet wurden; was sie nicht umwarf, machte sie stärker.

Was ist von August Bebel geblieben? Uns können nicht Sterotypen wie die genügen, daß er ein großer Arbeiterführer gewesen sei und ein bedeutender Deutscher dazu. Das stimmt und bleibt doch zu allgemein. Es sagt nichts aus über die Mobilisierung von Willenskraft. Über den hartnäckigen Bildungseifer. Über die Liebe zum organisatorischen Detail.

Die größte und materiell stärkste Arbeiterpartei Europas mitgeschaffen und maßgeblich mitgeprägt zu haben, das allein ist eine imponierende Leistung. Den Klassenkampf ein Stück aus seiner Einseitigkeit - von oben nach unten - herausgehoben zu haben, dies darf hoch veranschlagt werden. Zum erstenmal wurde das Ideal einer Gesellschaft von Freien und Gleichen - einer entwickelten sozialen Demokratie - zu etwas, was nicht nur Zirkel begeisterte, sondern Massen bewegte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
www.sdpd.de
Recycling-Paper



Daß die Arbeiterbewegung zu einer der bedeutenden Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte wurde, bleibt unzertrennbar mit dem Lebenswerk August Bebels verbunden. Er mag sich noch so sarkastisch über den - in seiner Abstraktion ins Unverbindliche zerfließenden - „bürgerlichen“ Freiheitsbegriff geäußert haben, nichts hat ihn in der Sache von den programmatischen Anfängen trennen können: Die Programme von Nürnberg (1868) und Eisenach (1869) sprachen übereinstimmend davon, daß die politische Freiheit die unentbehrliche Vorbedingung sei zur - in der Sprache der Zeit - „ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen“!

Mehr als angemessen ist es, seine Klarsicht auf jenem Gebiet hervorzuheben, das von der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern handelt. Für das Frauenwahlrecht hat er sich eingesetzt, als dafür breite Zustimmung zu finden selbst in der jungen Sozialdemokratie nicht einfach war. Sein Bestseller „Frau und Sozialismus“, der Hunderttausende erreichte, enthält Irrtümer und Banalitäten; er zeigt jedoch einen politischen Autor, der ein gutes Stück in die Zukunft hinein zu denken wagte und fähig war, Klassenherrschaft, Unterdrückung der Frau, Diskriminierung überhaupt vor mehr als hundert Jahren im Zusammenhang zu sehen und hieraus eine grundsätzliche Orientierung abzuleiten. Das allein bleibt eine Leistung, die epochal genannt werden darf.

Selbstverständlich müßte vom Kampf um den Frieden die Rede sein, wo es Bebels Wirken zu würdigen gilt. Von dem, was eine Internationale der Vernünftigen hätte zuwebringen müssen. Von dem unbedingten Widerstand gegen Annexionen, wie damals im Falle Elsass-Lothringen. Und für nationale Selbstbestimmung, wie im Falle Polens. Für die elementaren Menschenrechte sowieso, auch in anderen Teilen der Welt und ohne taktische Finessen. Übrigens, die deutschen Sozialdemokraten sind nicht erst nach 1945, auch nicht erst im Heidelberger Programm von 1925 für die Vereinigten Staaten von Europa eingetreten. Sie hatten diese Perspektive als richtig erkannt, noch bevor das Reich gegründet war. Das bleibt schon beachtlich, wenn man sich vor Augen hält, wer alles auch später noch „Frankreich siegreich schlagen“ wollte; Um die europäische Einheit ging es schon auf dem Eisenacher Gründungsparteitag 1869 und in Stuttgart 1870, noch vor der Vereinigung der kleinen Bebel-Partei mit den auch nicht sehr zahlreichen Lassalleanern.

Die Summe meiner politischen Erfahrung sammelt sich im komplexen Wert der Freiheit - von Not und Furcht und Gewissenszwang - zur eigenverantwortlichen wie gemeinschaftlichen Erfahrung dessen, was das Leben sichern und schön machen kann. In diesem Sinne empfinde ich mich mit vielen anderen in der Tradition jenes August Bebel, der bei uns in Deutschland mehr als die meisten dazu beigetragen hat, Demokratie für die breiten Schichten erfahrbar werden zu lassen - und die staatsbürgerliche Mitverantwortung sich auch auf Europa ausdehnen zu lassen. Es ist selten zu spät, Fehlentwicklungen überwinden zu helfen.

(-/20.2.1990/rs/fr)

* * *

Kurs in der Übersiedlerpolitik korrigieren

Zur Notwendigkeit, die Notaufnahmeverfahren sofort einzustellen

Von Dr. Dieter Spöri MdL
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

In dieser Woche wird die Anzahl der DDR-Übersiedler seit Jahresanfang auf über 100.000 ansteigen. Die damit verbundene Schwächung der Volkswirtschaft der DDR führt zu einem sich selbstverstärkenden Abwanderungsprozeß, der auch unsere Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik vor unlösbare Probleme stellt. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, verliert die DDR in diesem Jahr eine Million Menschen. Es gibt in der DDR nur dann eine Chance für ökonomische und ökologische Reformen, wenn wir die Abwandernden nicht mehr länger als Flüchtlinge beziehungsweise Vertriebene behandeln.

Die Bundesregierung muß daher umgehend ihren Kurs in der Übersiedlerpolitik korrigieren:

Das Notaufnahmeverfahren für Umziehende aus der DDR muß sofort eingestellt werden. Nur so kann noch verhindert werden, daß eine durch das ökonomische Gefälle zwischen den beiden deutschen Staaten ausgelöste Abwanderung zu unverantwortbaren Folgen führt: In der DDR zu einem ruinösen Zusammenbruch ganzer Produktions- und Versorgungsbereiche, in der Bundesrepublik zu unkontrollierbaren sozialen Spannungen und Konflikten.

Natürlich kommen heute Übersiedler im Erwerbsalter nicht etwa wegen der staatlichen Leistungen, die bei uns gewährt werden, sondern vorrangig wegen ihrer Berufs-, Einkommens- und Konsumhoffnungen. Aber die Sicherheit, auf jeden Fall auch ohne kurzfristige Wohnungs- und Arbeitsplatzchance im Notaufnahmeverfahren unterzukommen, verstärkt und beschleunigt die Abwanderung entscheidend.

Das Notaufnahmeverfahren wurde für politisch Verfolgte und in Existenznot Vertriebene geschaffen. Auf eine ökonomisch motivierte Zuwanderung ist es bei offenen Grenzen nicht anwendbar.

Nur wenn das Umziehen aus der DDR mit dem Umziehen innerhalb der Bundesrepublik gleichgestellt wird, wird der Massenexodus aus der DDR wieder abnehmen. Es werden nur noch jene kommen, die tatsächlich Wohnung und Arbeitsplatz finden. Es ist auch unverantwortbar, durch das Notaufnahmeverfahren, das heißt durch das ständige Belegen immer neuer Turnhallen, in der Bundesrepublik für Übersiedler eine Integrationskapazität vorzugaukeln, die nicht vorhanden ist.

Der Einwand, daß bei Einstellung des Notaufnahmeverfahrens die Kommunen höhere Kosten zu tragen hätten, weil sich Übersiedler als Obdachlose und Sozialhilfeempfänger melden, ist nicht stichhaltig: Wer eine Wohnung und einen Arbeitsplatz in der DDR verläßt, muß von keiner Kommune als sozialhilfeberechtigter Obdachlose behandelt werden.

Wenn das Notaufnahmeverfahren für Übersiedler nicht umgehend eingestellt wird, kommt es in der DDR zu einem unverkraftbaren Aderlaß: Diese Politik ist inhuman und unsolidarisch gegenüber jenen 16 Millionen, die in der DDR leben. Sie unterläuft die immer wieder beschworene ökonomische und ökologische Erneuerung in der DDR.

Nur Träumer können glauben, daß die schnelle Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion nach den Volkskammerwahlen das krasse Wohlstandsgefälle zur Bundesrepublik kurzfristig einebnet. Der deshalb anhaltende Wanderungsdruck darf daher nicht noch durch Milliardenausgaben in Notunterkünften subventioniert werden. Diese Milliarden müssen künftig in der DDR investiert werden.

(-/20.2.1990/vs-he/rs)

Europas Südflügel nicht vernachlässigen

Zur Notwendigkeit, ein Gesamtkonzept für europäischen Transitverkehr zu forcieren

Von Ernst Haar MdB

Mitglied der Regierungskommission Bundesbahn
Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Kommunikation und Datenverarbeitung werden immer schneller, Lagerhaltung und Logistik stellen an Zulieferbetriebe und Transporteure wie an die Verkehrsinfrastrukturen zunehmend höhere Anforderungen. Während Industrie und Gewerbe sich aktiv auf die veränderte Situation im Zuge der EG '93 einstellen, fährt die Eisenbahn als Folge einer nur lazierenden Bundesverkehrspolitik vielfach im Schatten. Die Insider erkennen wohl, daß der kombinierte Verkehr auch für die Bahn lukrativ und wachstumsträchtig ist. Es ist kein Geheimnis, daß der Güterverkehr durch technische Verkehrsinfrastrukturinvestitionen noch viel produktiver werden kann.

Dem mag auch das Bundesverkehrsministerium nicht widersprechen. Richtig ist die Tendenz, Umschlagbahnhöfe und Zufahrtswege als Investitionen „in den vordringlichen Bedarf für den Verkehrswegebau“ aufzunehmen; Terminals müssen ausgebaut und deren Erreichbarkeit verbessert werden.

Dies fordert übrigens nicht nur das private Gütertransportgewerbe. Nur vergeuden teure Anzeigenkampagnen, die sich an die „liebe Bahn“ als falschen Adressaten richten, zuviel Geld. Bundesregierung und Mehrheitsfraktionen des Bundestages müssen endlich grünes Licht geben für den Vorrang der Schiene, also für eine verkehrs- und energiepolitisch, ökologisch und ökonomisch gleichermaßen überzeugende Verkehrsinfrastruktur. Es ist eine Binsenweisheit, daß die Wirtschaftlichkeit der Deutschen Bundesbahn mit ihrem Zugang zu den wachstumsintensiven, attraktiven Zukunftsmärkten der Güterbeförderung steht und fällt.

Wie kostbare, Mensch und Umwelt belastende Zeit vertan worden ist, zeigt im Personenverkehr das Beispiel der Regierungsentscheidung zur Streckenführung der neuen Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung Köln-Frankfurt/Main. Da lösten politische Zögerlichkeit und landespolitisches „Hautür-Denken“ einander ab - zum Schaden der guten Sache. Immerhin ist zumindest die Grundsatzentscheidung für eine rechtsrheinische Streckenführung Ende vergangenen Jahres gefallen.

Auch hier muß man sagen: So schnell wie möglich - in der Streckenführung zwischen den Zielpunkten so direkt wie möglich - dieses Herzstück des europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes

realisieren! Denn darauf kommt es an: Die Wirtschaftszentren Rhein/Main und Rhein/Ruhr müssen verbunden, für Mensch und Wirtschaftsgut so rasch wie möglich gegenseitig ohne Unterbrechung mit der umweltfreundlichen Schiene erreicht werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie und Handelskammern in Baden-Württemberg hat recht, wenn sie in einer Stellungnahme zum Alpen transit dringend eine höhere Durchsetzkapazität für den Güter austausch mit Südeuropa auf der Schiene fordert. Und zwar in Direktverbindungen, ohne zeit- und kostenaufwendige Umwege. Sonst wird ein wesentlicher Teil des aus dem Binnenmarkt erwarteten volkswirtschaftlichen Nutzens zunichte gemacht.

Es geht um drei europaverbindende Eisenbahntunnelprojekte: den Brenner, den Gotthard- und den Lötschberg-Basistunnel. Dieses „zentrale Nervensystem“ des alpenquerenden Schienentransits ist europäisch beschlossen. Als verkehrs- und umweltpolitische Jahrhundert-Zukunftsinvestition sollte es mit höchster Priorität finanziell abgesichert und in der Umsetzung vorangetrieben werden. Die Alpenregion ist eine europäische Klammer, die auch historisch und kulturell unserem Kontinent viele verbindende Impulse gegeben hat. Verkehrspolitisch wirkt sie aber immer noch trennend. Die Untertunnelungen für den umweltschonenden Bahnverkehr machen also nicht nur volkswirtschaftlich und ökologisch Sinn, sondern fördern auch die grenzüberschreitende Schieneninfrastruktur.

Bei aller berechtigten Aufbruchstimmung angesichts der mitreissenden Demokratisierungsbestrebungen unserer osteuropäischen Nachbarländer dürfen wir Europas Süden nicht vernachlässigen. Der Südflügel des Hauses Europa ist so wichtig wie seine Ostseite.

Dies setzt nicht nur in den Alpenländern entsprechend hohe Investitionen voraus. Es bedarf zur Bewältigung des europäischen Nord-Süd-Warenverkehrs, von dem die Bundesrepublik erheblich profitiert, insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern verkehrsordnender und baulicher Infrastrukturmaßnahmen des Bundes. Vor allem darf der Schienenverkehr bei Zuführung zu den Alpen-Basistunneln nicht dadurch unbefriedigend bleiben, daß er - wie bisher - erhebliche Umwege fahren muß, ja teilweise sogar entgegen der eigentlichen Transportrichtung verläuft. Dies sind kurz- und mittelfristig dringend gebotene Optimierungsschritte.

Es ist absehbar, daß sich die Transportkapazitäten des wachsenden europäischen Warenaustausches erschöpfen. Deshalb müssen die drei Schienen-Alpen transversalen in Abstimmung zwischen EG und Alpenländern auf den Weg gebracht werden. Um des gesamteuropäischen Wohlstands willen brauchen wir die Alpentunnelverbindungen, wie immer die Finanzierungsfrage gelöst wird.

(-/20.2.1990/rs/ks)

In Bonn fehlt noch der notwendige Offensivgeist

Zum Erfordernis, die Tiefschläge des Adenauer-Hauses zu parieren

**Von Rudolf Scharping MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD-Rheinland-Pfalz
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes**

Der Erfolg der SPD in der DDR hat lange Zeit die CDU-Zentrale in Bonn gelähmt. Alle organisatorischen Anstrengungen mit der durch ihre Vergangenheit belasteten Ost-CDU und der CSU-Gründung DSU haben schließlich zu einer ungeliebten Allianz mit dem Demokratischen Aufbruch geführt. Die sich jetzt abzeichnende politische Führung der Bayern in dieser Koalition wird der CDU weitere Probleme schaffen.

In der Öffentlichkeit macht die CDU politische Defizite durch Lautstärke wett. Wider besseren Wissens aus rein taktischem Kalkül setzt sie SPD und SED politisch gleich und knüpft damit an alte Kalte-Kriegsgewohnheiten an. Die Christdemokraten versuchen, die neu entstandene SPD in der DDR mit dem Leichengift der SED zu infizieren. Für die DDR-Bürger - an westliche Holzerei nicht gewöhnt - erfüllt das den Tatbestand der Volksverhetzung. Fatal daran ist, daß damit der Start in ein einheitliches deutsches Gemeinwesen durch propagandistische Spaltung von vornherein vorgebeizt wird. Die täglichen Wahlkampfaussagen der CDU-Ost wie West über die Sozialdemokraten stehen im krassen Widerspruch zu der Sehnsucht der Menschen in der DDR nach Demokratie und fairer politischer Auseinandersetzung. Die Antwort der Sozis könnte darauf selbstbewußt und cool sein.

Der Lähmung der CDU-Zentrale entspricht die Lähmung der Bonner SPD angesichts der Tiefschläge aus dem Adenauerhaus und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die intensive Zusammenarbeit mit der SPD in der DDR ist ehrenvoll und gut. Den Gegner dabei jedoch nicht aus den Augen zu verlieren, ist ABC des Wahlkampfes. In Bonn fehlt noch der notwendige Offensivgeist. Die Erfahrung mit dem Umgang der deutschen Rechten zeigt: Wer sich duckt, wird noch heftiger geschlagen.

(-/20.2.1990/rs/fr)

* * *